Zeitschrift: Die Berner Woche in Wort und Bild : ein Blatt für heimatliche Art und Kunst

Band: 3 (1913)

Heft: 24

Artikel: Die Schweiz im Jahre 2000

Autor: [s.n.]

DOI: https://doi.org/10.5169/seals-636593

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation

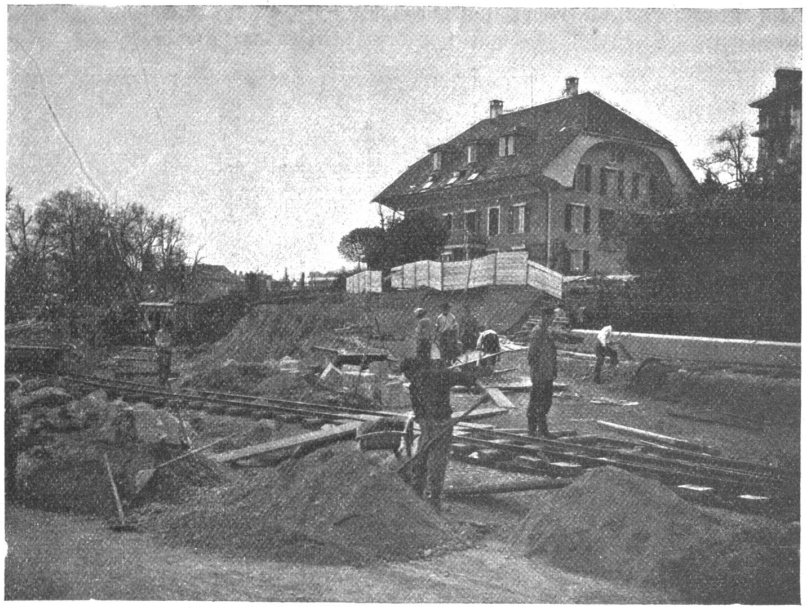
L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 02.10.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch



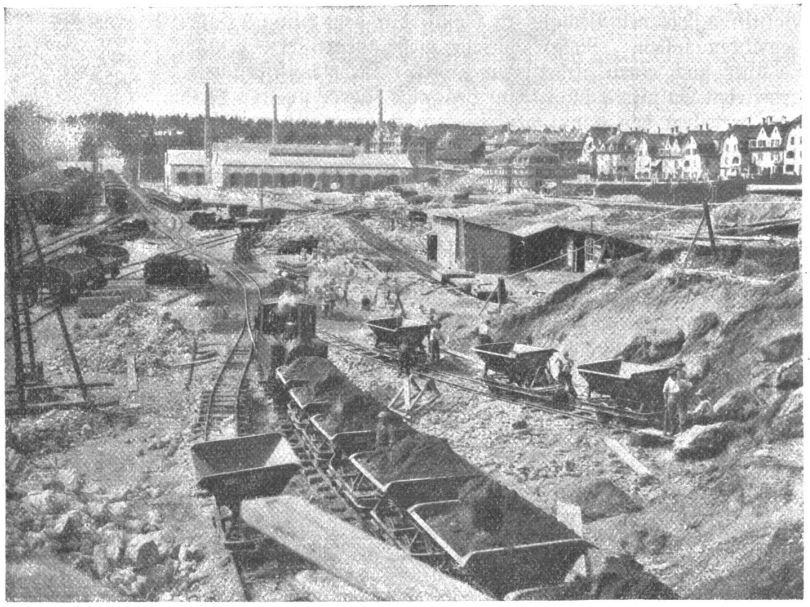
Abgrabungen vor dem Lindenhofspital im „Stadtbach". In den Bäumen im Hintergrund sieht man die Baggermaschine mit ihrem Maschinenhaus.

waren. Wie manche zerrissene Hose trugen die Buben jener Zeit nach Hause wegen dem bissigen „Spitz", der das Obst bewachte und wie manches hintere Fell hatten die guten Lehrer wegen jener Birnen im Herbst zu gerben und wie manchen Brief den Eltern zu schreiben. — Vorbei! — Vorbei! der Garten mit seinen Bäumen und blühenden Büschen und bunten Beeten. Vorbei auch das kleine Lusthäuschen nahe am Bahndamm mit seinen offenen Türen und seinen wackeligen Fensterläden.

Auf die Felder ist ein ganzes Quartier gebaut worden: In der Mulde. Seine weißen Häuser, rechts hinten im Bilde, sehen wie neugierige Zuschauer auf das Getriebe vor ihnen: Hinten, vom Wald umsäumt, ragen die drei Kamine der neuen Lokomotiv-Remise wie starre Ausrufzeichen zum Himmel. Noch sind die Arbeiten für die neuen Bahnhofanlagen im vollen Gang. Bald aber ziehen über die ausgeputzten Geröllhalden geordnete Fäden, die neuen Schienen, ein verwirrendes Netz. — Dann ziehen die Rollwagen, Spaten und Schaufeln fort, um anderswo ihr hartes Werk zu beginnen. K.

Seite die Freude ob der Entwicklung unseres Bern zur Großstadt und andererseits die Trauer über verloren gehende Güter der Schönheit. Vor wenigen Wochen standen noch prächtige Gärten und mächtige Bäume dort, wo jetzt die Rollschienen stehen, die Arbeiter schaufelu und hacken. Der Lattenzaun vor dem alten Lindenhofspital deutet die Richtung an, wo die neue Straße begrenzt und zugleich wie nahe heran das Gelände abgegraben wird. Unermüdlich arbeitet die Baggermaschine, die wir im Hintergrunde des Bildes, von Erdwällen umgeben, sehen, und frißt in 10 Minuten 20 Wagen Erdreich weg.

Sehen wir uns das zweite Bild an. Vor Zeiten, das heißt vor einigen Jahren noch, standen dort, wo jetzt der Rollzug hineinfährt und Menschen in Hemdärmeln schaffen wie die Ameisen an ihrem Bau, blühende Fluren und wogende Getreidefelder. Rechts unten im Bilde lag einst ein Landgut, „Stuckihaus" genannt, mit prächtigem Obstgarten dahinter und unter dem Jungvolk der „Länggäßler" wohlbekannt und geschätzt wegen seiner saftigen Birnen, die jedes Jahr dort zu „holen"



Blick von der Bühlstraß-Passerelle auf das ehemalige „Stuckihaus"-Areal, das zur Erweiterung der Geleiseanlagen zur Zeit abgegraben wird.

Die Schweiz im Jahre 2000.

Im Jahre Zweitausend, oder, was auf das Gleiche herauskommt, im Jahre 1970, wird die Schweiz sich auf einen geographischen Begriff reduziert haben wie Polen — mit andern Worten: wird die Schweiz von den umliegenden Großstaaten annektiert sein, so wie Polen seinerzeit aufgeteilt wurde. So resümiert Dr. C. A. Schmid, Zürich, in einer unlängst unter diesem sensationellen Titel erschienenen Broschüre seine pessimistischen Ausführungen über die Verfremdung der Schweiz, die diesem in der Weltgeschichte so glorreich dastehenden Staatswesen ein schnelles und sicheres Ende garantiert. Dr. Schmids Argumentation enthält einige zwingende, ja aufregende Momente. Man weiß, daß die Zahl der Ausländer in der Schweiz sich von Jahr zu Jahr rascher vermehrt. Einige Zahlen seien hier eingeschoben. Im Kanton Zürich gab es nach der letzten Volkszählung bei 500 000 Einwohnern rund 100 000 Ausländer (20,1 %); in der Stadt Zürich war schon 1910 je der dritte Mann der Bevölkerung ein Fremder. Aehnliche Verhältnisse weisen St. Gallen, Thurgau, Graubünden und Tessin auf, von Baselstadt mit 38 % und Genf mit 41,5 % Ausländern nicht zu reden. Gegenüber der Fremdenzahl im Jahre 1888 bedeuten die jetzigen Zahlen ein ungewöhnlich schnelles An-

wachsen der ausländischen Bevölkerung. Diese hat in den letzten 10 Jahren fünfmal rascher zugenommen als die einheimische. Dazu kommt, daß, trotzdem doch offenbar viel unverheiratete Ausländer bei uns wohnen, die Geburtsziffer der Ausländer verhältnismäßig größer ist als die der schweizerischen Einwohnerschaft, und daß wir durch Auswanderung jährlich noch durchschnittlich etwa 5000 Schweizerbürger ans Ausland abgeben. Diese Verhältnisse wachsen sich mit zwingender Notwendigkeit zu einer nationalen Gefahr aus. Denn — so folgern Schmid und seine Mitkämpfer — wenn die Verfremdung in dieser Progression fortschreitet, kommen wir bald zu einer Ueberfremdung, und wenn einmal der Prozentsatz der Fremden 50 % erreicht haben wird (heute sind schon 15 % der Gesamtbevölkerung Ausländer) dann rettet uns in unserem demokratischen Staatswesen, wo die Mehrheit des Volkes regiert, kein Gott mehr vor den Eingriffen fremder Mächte in unsere Gesetzgebung; und dann dürfte auch die letzte Stunde unserer nationalen Selbständigkeit geschlagen haben.

Die Abhilfe wäre leicht, wenn sie noch möglich wäre. Sie bedingte eine Umgestaltung unserer Niederlassungseinrichtungen im Sinne einmal der Zwangseinbürgerung, dann der weitherzigeren Behandlung der Fremden als politisch Gleichberechtigte mit den Schweizerbürgern. Nach Schmid ist aber die befriedigende Lösung der Fremden- oder Einbürgerungsfrage nicht mehr möglich; sie ist zu spät.

Für ihn bleibt in der ganzen traurigen Erscheinung, daß ein Staatswesen wie das unsrige, nachdem es eine so glorreiche Geschichte demokratischer Entwicklung absolviert hat, ein unrühmliches Ende in direkt greifbarer Nähe vor sich hat, nur ein Trost übrig: „Den Menschen aber, die auf dem Territorium der ehemaligen Schweiz leben werden, wird es darum nicht übel gehen." Schmid frägt sich: „..... was hat es für uns überhaupt für ein Interesse, nicht zum Deutschen Reiche zu gehören ....." Und er beantwortet sich diese Frage wie folgt: Die wirtschaftlichen Vorteile, die die „deutsche" Schweiz genießen wird, werden enorme sein; sie werden die politischen Nachteile, die wir dafür eintauschen, überwiegen; denn die schweizerischen Provinz wird eine weitgehende Selbstverwaltung erhalten. Dazu kommt, daß die Verwaltungskosten kleinere sein werden, da sie von dem zwanzigmal größeren Reich übernommen werden. Insbesondere werden die großen Städte, wird Zürich von dieser Aenderung der Dinge profitieren; es wird als Zentrale zwischen Mailand und Frankfurt, Lyon und München diese Städte bald überflügelt haben. Das Wirtschaftsleben Zürichs und seines Hinterlandes würde ungeahnte Dimensionen annehmen. Sowohl Handel als Industrie, als Baugewerbe und Landwirtschaft bekämen den denkbar größten Aufschwung. Für den Einzelnen wären die Chancen weitaus bessere, so namentlich für die Kaufleute, die Gelehrten, die Techniker, die Militärs usw. usw.

Eine Möglichkeit anerkennt Dr. Schmid als gegeben, diese Entwicklung aufzuhalten und zu wenden: das wäre der Weltkrieg, der plötzlich die Dinge in Europa verschieben könnte nach den Gesetzen des Zufalls, die niemand erforschen wird.

Wir haben gleich eingangs die Auffassung Dr. Schmids eine pessimistische genannt. Dr. Schmid verkannnte die Tatsache, daß der von ihm prophezeiten politischen Auflösung eine Reihe hemmender Kräfte entgegen stehen: einmal die Konkurrenz zwischen den Großstaaten, die als Anwärter auf eidgenössisches Gebiet in Frage kommen. Bevor der nationale Gegensatz Deutschland-Frankreich und späterhin die zu erwartenden andern Gegensätze sich entspannt haben, ist eine Aufteilung der Schweiz nicht zu befüchten. Die Großstaaten bedürfen dieser neutralen Zone als eines Selbstschutzes vor den Unzukömmlichkeiten allzunaher Berührung der natinalen Gegensätze. Dann unterschätzt der Verfasser — so wollen wir hoffen — die Kraft der politischen Ideale, die seit Jahrhunderten im Schweizervolke leben und ihm seine Unabhängigkeit bewahrt haben; und ferner unterschätzt er das Zusammengehörigkeitsgefühl der Schweizer, die ob deutsch oder französisch oder italienisch sprechend, im Laufe der Jahrhunderte gelernt haben, sich als Angehörige einer Nation zu lieben und zu achten und den Verlockungen fremder Nationen zu widerstehen, eingedenk der Brudertreue, die ihre Väter in so manch heißer Schlacht dem äußeren Feinde eindrucksvoll in Erinnerung gerufen haben.

Bundesrat Dr. Felix Calonder.

Die vereinigte Bundesversammlung vom Donnerstag hat mit 151 von 199 gültigen Stimmen bei 218 anwesenden Ratsmitgliedern Dr. Felix Calonder zum Bundesrat gewählt, in Ersetzung des kürzlich verstorbenen Bundesrat Perrier. Damit ist ein vom gesamten Bündnervolk seit vielen Jahren gehegter Wunsch in Erfüllung gegangen.

Wenn diese Wahl in welschen Landen mit gemischten Gefühlen aufgenommen wird, da sie auf Kosten der bisherigen Zweiervertretung der französischen Schweiz zustande kam, so mögen unsere liebwerten Miteidgenossen an der Westmark bedenken, daß die Schuld, wenn man von einer solchen überhaupt sprechen will, nicht zuletzt in ihrer eigenen Uneinigkeit und Zerfahrenheit liegt, die sie in diesem Wahlfeldzug an den Tag gelegt haben.

Läßt man aber die regionalen Interessen ganz außer acht, was vom rein nationalen Standpunkt aus das einzig Richtige ist und was stets ausschlaggebend sein sollte, so befriedigt die getroffene Wahl in hohem Maße. Ja sie wird im Volke draußen ein freudiges Echo finden, denn der Name Calonder hatte schon längst einen guten Klang! Mit ihm wird der obersten Exekutive unseres Landes neuerdings ein Mann zugeführt, dessen Tüchtigkeit und staatsmännische Eignung allgemein anerkannt wird. Dr. Felix Calonder ist romanischer Zunge und mit seiner Wahl sind nun zum ersten Mal seit

Bundesrat Dr. Felix Calonder.

Bestehen des neuen Bundes alle vier schweizerischen Sprachstämme im Bundesrat vertreten.

Felix Calonder ist Bürger von Trins im Vorderrheintal. Er wurde im Jahre 1863 in Schuls im Unterengadin geboren, wo sich sein Vater vorübergehend als Baumeister niedergelassen hatte.

Nachdem er die Realabteilung der Kantonsschule Chur absolviert, widmete er sich während einigen Jahren im In- und Auslande dem Handel. Mitte der achtziger Jahre begann er dann sein akademisches Studium, er studierte die Rechte an den Universitäten Zürich, München, Bern und Paris. In Bern doktorierte er mit der Dissertation „die Neutralität der Schweiz". Nach Einführung in die Anwaltspraxis auf einem Advokaturbureau in Zürich etablierte er sich in Chur, wo sein Bureau bald zu großem Ansehen gelangte.

Mit seiner Niederlassung in Chur begann auch seine politische Betätigung. Im Jahre 1891 erfolgte seine Wahl in den Großen Rat, den er in der Folge zweimal präsidierte. Er ist der Reorganisator der bündnerischen freisinnigen Partei, an deren Spitze er seit vielen Jahren steht. In Anerkennung seiner hervorragender Verdienste um seinen Heimatkanton wählte ihn das Bündnervolk im Jahre 1899, sozusagen einhellig, zum Ständerat, welche Behörde ihm für das Jahr 1912 einstimmig das Präsidium übertrug.

J. Sch.